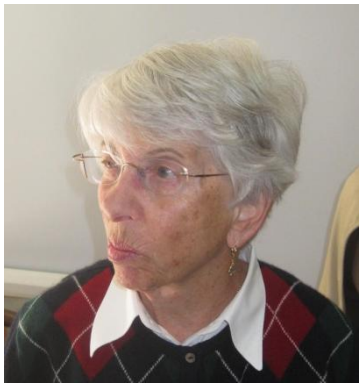
Bürokratie – die neue Waffe Israels



Hanna Barag MachsomWatch

So titelte meine Kollegin Elisa Turtschi einen großen Artikel, der in der renommierten Schweizer Tageszeitung „Le Courrier“ am 29. März erschien[1]. Tatsächlich bezeichnete Hanna Barag, 77jährige Mit-Begründerin der angesehenen israelischen NGO MachsomWatch[2] das undurchschaubare System der Berechtigungsscheine (Permits) als neues, wesentliches Instrument der Besatzung.

Die israelischen Behörden stellen eine Reihe unterschiedlicher Permits für den Eintritt nach Israel aus:

- als Arbeitserlaubnis in Israel
- als Handelserlaubnis für den Verkauf von zumeist landwirtschaftlichen Produkten
- als Erlaubnis zu einem Arzt- oder Krankenhausbesuch („Health Permit“)
- als Besuchserlaubnis für einen Gefangenen bzw. beim Prozess gegen ein Familienmitglied
- als Erlaubnis für Bauern, ihr durch die Sperranlage abgetrenntes Land bearbeiten zu dürfen
- als Baugenehmigung in der Zone C für Einrichtungen jeglicher Art; dies betrifft alles, was mehr als 20 cm über bzw. unten dem Boden ist.

Arbeitserlaubnisse werden nur verheirateten Personen über 30 Jahre ausgestellt, vorausgesetzt, sie haben Kinder. Hanna Barag schildert das oft mafiöse Verfahren bei der Vergabe von Permits: „Der israelische Arbeitgeber beantragt für sich beim „Work Exchange Office“ ein Permit für eine bestimmte Tätigkeit von bestimmter Dauer. Pro Monat und Arbeiter muss er dabei einen Betrag von 1200 NIS[3] bezahlen. Da die Löhne für Palästinenser etwa 50% unter denen für israelische Arbeiter liegen, lohnt sich ihr Einsatz in jedem Fall für den Arbeitgeber.“ Auf meine Nachfrage nach den mafiösen Strukturen antwortet Frau Barag: „Ein Arbeitgeber beantragt oft mehr Permits, als er tatsächlich braucht und verkauft diese dann an andere israelische Arbeitgeber, die aus unterschiedlichen Gründen keine

Jeden Morgen ab 4 Uhr warten bis zu 4000 Arbeiter am Qalqilya CP auf den Übertritt nach Israel

---

[1] http://www.lecourrier.ch/107283/la_bureaucratie_nouvelle_arme_d_israel

[2] www.machsomwatch.org Auf meine Frage, warum die israelischen Behörden MachsomWatch trotz ihres Einsatzes für die Palästinenser gewähren lassen, antwortete Frau Barag, die Armee brauche sie als Feigenblatt, um sagen zu können, sie würden mit einer Menschenrechtsorganisation zusammen arbeiten.

[3] NIS: Neuer Israelischer Schekel, Parität zum Euro zur Zeit etwa 5:1

Permits bekommen haben." Für die illegale Vermittlung von palästinensischen Arbeitern gäbe es daher einen großen Schwarzmarkt in Israel.

Hanna Barags Aussage, wegen der „General Security", dem israelischen Sicherheitswahn, befände sich JEDER Palästinenser zwischen 15 und 65 Jahren auf einer Schwarzen Liste, fanden wir am 28.3. bestätigt: Unserem Nachbarn Mahmud, Vater von sieben Kindern, wurde beim Übertritt am Checkpoint Qalqilya von den Sicherheitsbehörden mitgeteilt, dass man ihm seine Arbeitserlaubnis entziehen würde, nähme sein 17jähriger Sohn noch einmal an einer Demonstration teil. Für den 30. März, dem sogenannten Land´s Day, sind wie jedes Jahr im ganzen Land, so auch in Jayyous, Demonstrationen angekündigt. Sollte also Mahmud die Arbeitserlaubnis entzogen werden, so bliebe ihm wie vielen tausend anderen Palästinensern angesichts der 40%igen Arbeitslosigkeit nur der Weg in die Illegalität: In Azzun Atma, einem Ort, der zu unserem Bezirk gehört, passieren jeden Morgen etwa 400 Arbeiter mit Permit den Checkpoint, um in der Siedlung Oranit zu arbeiten; darunter befinden sich auch Arbeiter, auf deren Anorak das Logo „HeidelbergCement" gedruckt ist. Etwa 150 Meter neben dem Checkpoint sind in den Zaun der Sperranlage mehrere Löcher geschnitten, durch die Illegale – also ohne Permit – auf die andere Seiten kriechen und dort von ihren israelischen Arbeitgebern in Empfang genommen werden. Der Armee ist dies bekannt, schaut aber oft weg, da die beteiligten Soldaten Schmiergeld bekommen. Nach unseren Recherchen kennen auch die palästinensischen Behörden diese Situation. So berichtete Mohammad Hammad, Sekretär der Gemeindeverwaltung von Azzun Atma vom tödlichen Zwischenfall am 2. September 2012, als die israelischen Soldaten eine männliche Leiche „zurück gaben", die angeblich beim Übertritt einen Herzinfarkt bekommen hat. Die Autopsie in der Uniklinik in Nablus ergab jedoch als Todesursache einen heftigen Stoß mit einem stumpfen Gegenstand in die Nierengegend. Abed Khaled, EAPPI-Kontaktperson in Jayyous seit sieben Jahren, berichtete von einem weiteren Todesfall eines illegalen Arbeiters in Azzun Atma vor wenigen Monaten: Die Soldaten übergaben den Palästinensern den Mann mit den Worten, er sei von einem Gerüst gestürzt und habe sich verletzt. Tatsächlich war der Mann aber bereits tot, als die palästinensische Ambulanz eintraf.

Die palästinensischen Behörden sind bei der Verfolgung derartiger Straftaten hilf- und rechtlos. Kein israelischer Arbeitgeber wird zugeben, dass er einen Illegalen beschäftigt hat und sich deswegen einem Verfahren stellen. Zudem ist dieses „Arbeitsverhältnis" für ihn besonders lukrativ: Er spart nicht nur die monatlichen Sozialkosten von 1200 NIS ein, sondern kann dem Arbeiter auch einen beliebig niedrigen Lohn bezahlen, da dieser ihm völlig ausgeliefert ist.

Hanna Barag berichtet von einem typischen Fall, bei dem für eine Frau ein „Health Permit" zum Aufenthalt in einer israelischen Klinik ausgestellt wurde: Die sterbenskranke Frau brauchte zunächst eine Bescheinigung eines palästinensischen Arztes, dass sie nicht in der Westbank behandelt werden könne. Der in jedem Fall erforderliche Begleiter bekam das Begleit-Permit – es wurde allerdings nur für den Zeitraum von 3 Uhr 45 bis 7 Uhr morgens ausgestellt und war daher nutzlos. Man wird davon ausgehen können, dass der ausstellenden Behörde bekannt war, dass eine Behandlung durch einen Arzt so früh am Morgen nicht möglich ist.

Über die verweigerten Baugenehmigungen für Palästinenser – nicht aber für Siedler – in den C-Gebieten[4] wurde schon so viel geschrieben, dass ich mich auf eine kleine, aber typische Angabe von

[4] Diese Gebiete machen 62% der gesamten Fläche der Westbank aus. Hier hat ausschließlich Israel Entscheidungsbefugnis. Lediglich 1% der Anträge auf Baugenehmigung werden nach UN-Angaben 2011 an Palästinenser vergeben (s. www.ochaopt.org).

Alex Abu Atta, Mitbegründer der mutigen Menschenrechtsorganisation EWASH, beschränken kann: Seit 1967 hat Israel keine einzige Erlaubnis zum Bohren eines Brunnens im „Western Aquifer“ im C-Gebiet erteilt. Das Sammeln von Regenwasser wurde verboten – Zisternen werden aus diesem Grund vom Militär zerstört. Und wo das Militär noch nicht tätig wurde, übernehmen Siedler den Job und verseuchen die Zisternen mit toten Tieren.

Da in Jayyous 75% der landwirtschaftlichen Fläche durch den Sperrzaun[5] auf der „israelischen Seite“ liegt und die Bauern zum Betreten ihres eigenen Landes ein Permit brauchen, hat dieses Papier für sie existentielle Bedeutung. Sie bekommen dies nur unter bestimmten Bedingungen: Man muss zunächst ein Dokument vorlegen, dass man Eigentümer des fraglichen Landes ist. Was sich so einfach anhört, ist in der israelisch-palästinensischen Realität wegen der „Landregistrierung“ mit großen Problemen verbunden. Bis zum Jahr 1967 waren lediglich 30% der gesamten Fläche registriert[6]. Im Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien aus dem Jahr 1994 wurde festgelegt, dass alle Palästinenser, die im Jahr 1967 in ein „feindliches Land“ („Arab or Enemy Countries“) geflohen sind, als „Abwesende“ zu gelten und nach dem „Absentee´s Law“ ihren Rechtsanspruch auf ihr Land verwirkt haben. 70% des Landes fallen auf diese Weise nach israelischem Recht legal an Siedler, die ihre Besitzurkunde bekommen, wenn sie das erste Mal Steuern bezahlt haben[7].

Die tägliche Demütigung durch "Teenager with guns"

Seit Oktober 2012 haben die israelischen Behörden die Ausstellung von landwirtschaftlichen Permits erneut erschwert. Mazouz Qadomy von der Gemeindeverwaltung Jayyous und dort zuständig für die Permits, berichtet: „Eigentlich sollte jeder, der einen Olivenbaum besitzt, ein Permit bekommen. Aber im letzten Jahr wurde ein neues System eingeführt, bei dem das jeweilige Land durch die Anzahl der Familienmitglieder geteilt wurde. Wer jetzt weniger als fünf Dunum[8] besaß, erhielt kein Permit. Da die DCO als ausstellende Behörde genau über die Familienverhältnisse informiert ist, werden Permits häufig an alte, oft arbeitsunfähige Familienmitglieder ausgegeben. Muhammad, 33jähriger Geschichtslehrer in Tulkarem, hat mir dies am 25. Februar morgens um 6 Uhr am Falamya Gate bestätigt: „Für meine sechs Dunums haben nur meine alte Mutter und ich ein Permit bekommen. Meine Mutter kann nicht mehr auf´s Land, daher muss ich jeden Morgen, bevor ich nach Tulkarem

[5] Die Israelin Angela Godfrey-Goldstein von www.jahalin.org: „The Wall is not about security. It´s about control.”

[6] Unter Palästinensern war eine schriftliche Registrierung nicht üblich. Man einigte sich untereinander nach der Methode: Mein Land geht von diesem Olivenbaum bis zur Hecke dort hinten.

[7] Alle Angaben beziehen sich auf ein Interview mit der palästinensischen Rechtsanwältin Malvina Khoury vom Norwegian Refugee Council www.nrc.no

[8] Ein Dunum sind 1000m2.

zur Schule fahre[9], mein Land allein bewirtschaften.“ Er zeigte mir seinen Ausweis von der An Nadja Universität Nablus und bat mich: „Kannst Du mir helfen? Ich will nach Deutschland.“

Auch die Dauer des Permits wird von der israelischen DCO festgelegt. Sie allein entscheidet darüber, wie lange ein Farmer braucht, um sein Land zu bewirtschaften. Bekommt dieser ein Permit für sechs Monate und baut sich für diese Zeit einen Schuppen auf seinem Land, so muss er diesen nach dieser Zeit wieder abreißen, oder der Schuppen wird für ihn kostenpflichtig von der Armee zerstört.

Ein ganz besonderes Problem stellt sich den Bauern, deren Land in der so genannten „Special Security Area“ rund um eine Siedlung liegt und deren Ausmaß im Schnitt 500m beträgt. Sie müssen einen Antrag zunächst beim palästinensischen DCO stellen, anschließend beim israelischen DCO. Haben sie diese Hürden überwunden, so kommt als letzte, zumeist unüberwindliche Behörde der Security Officer der fraglichen Siedlung. Ein Betreten der Sicherheitszone ohne Permit rund um eine Siedlung wird mit einer Strafe bis zu 200 000 NIS oder drei Jahren Gefängnis geahndet.

Was hat es tatsächlich mit dem, auch bei uns immer wieder betonten „berechtigten israelischen Bedürfnis nach Sicherheit“ auf sich? Aus den bisherigen Beobachtungen aller EAs kommen wir zu dem Ergebnis, dass es sich hier um eine ideologische Schutzbehauptung, eine Rechtfertigung des Diebstahls palästinensischen Landes handelt. Diese Ideologie wird durch eigenes, israelisches Handeln ad absurdum geführt wird. Wenige Beispiele müssen an dieser Stelle genügen:

- Anfang September ließen die israelischen Behörden aus humanitären Gründen hundert Tausende Palästinenser für einen Tag zu ihren Verwandten nach Israel. Der große Bericht in Haaretz über diesen Tag endete mit den Worten: „Kann dieser Tag der Freude für die Palästinenser nicht auch eines Tages zu unserer dauerhaften Freude werden?“
- Die in diesem Bericht aufgeführten Beispiele mit palästinensischen Arbeitern zeigen überdeutlich, dass Israel wenig Sicherheitsbedenken hat, wenn es um billige Arbeitskräfte geht.
- Fährt man mit dem Auto von Jayyous ins nahe gelegene Qalqilya, so kommt man durch das Straßendorf An Nabi Elyas, an deren Häusern und Geschäften sich zahlreiche Werbeplakate auf Hebräisch befinden. Hier, aber auch in anderen Ortschaften in der Nähe von Siedlungen, sehen wir häufig Siedler beim preisgünstigen Shoppen. Der vermeintliche Terrorist mutiert so zum geschätzten Handelspartner.

Mit den Fotos dieser beiden Beduinen aus Arab Al Ramadin, der stolzen Mutter und ihrem hübschen Sohn, grüßt herzlich

Ekki aus Jayyous,
am 30. März 2013

Ich bin von Februar bis Mai 2013 tätig im Auftrag von Pax Christi Deutschland als Ökumenischer Friedensdienstler für das Programm „Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel“ (EAPPI) des Weltkirchenrates (WCC/ÖRK). Dieser Bericht gibt nur meine persönlichen Ansichten wieder, die nicht unbedingt die von Pax Christi oder des WCC sind. Wer diese Informationen verbreiten will unter Berücksichtigung des offiziellen Standpunkts der Organisationen, kann diese in Erfahrung bringen bei der Pax Christi Organisatorin Iris Bildhauer (irisbildhauer@aol.com) oder beim EAPPI Communications Officer (eappi-co@jrol.com)

[9] Etwa eine halbe Stunde mit dem Auto von Jayyous